

Internationaler Tag der Indigenen Völker (09.08.2010)

**RAUBBAU AN DER NATUR GEFÄHRDET
ÜBERLEBEN INDIGENER VÖLKER WELTWEIT**



Memorandum der Gesellschaft für bedrohte Völker – August 2010

Gesellschaft für bedrohte Völker

Menschenrechtsorganisation mit beratendem Status beim Wirtschafts- und Sozialrat
der VEREINTEN NATIONEN und mitwirkendem Status beim EUROPARAT

Arbil - Bern - Bozen - Göttingen/Berlin - London - Luxemburg -
New York - Sarajevo/Srebrenica - Wien

Gesellschaft für bedrohte Völker

Postfach 2024
D-37010 Göttingen
Telefon ++49 (0)551 49906-0
Fax ++49 (0)551 58028
info@gfbv.de
www.gfbv.de



Spendenkonto: 1909 - Sparkasse Göttingen - BLZ 260 500 01

Bestellungen bitte direkt an: Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV).
Gern übersenden wir Ihnen auch kostenlose Informationen über unsere
Menschenrechtsarbeit.

Bitte unterstützen Sie die Menschenrechtsarbeit der GfbV mit einer Spende.

Impressum:

Herausgeber und Copyright:	Gesellschaft für bedrohte Völker e.V.
Titelfoto:	GfbV-Archiv
Text:	Yvonne Bangert, Ulrich Delius, Nicole Hantzsche, Elisabeth Schönfeld
Redaktion:	Katja Wolff, Nicole Hantzsche
Göttingen, August 2010	

INHALT

Raubbau an der Natur gefährdet Überleben indigener Völker weltweit	5
Panama: Welt der Kuna versinkt im Meer	5
Guatemala: Goldbergbau gefährdet Trinkwasserversorgung und Gesundheit der Maya-Mam	5
Brasilien: „Das ganze Volk der Yanomami ist gegen den Bergbau“	6
Brasilien: Land unter am Rio Xingu – Das Belo-Monte-Staudammprojekt	6
Zentralafrika: Das kleine Pygmäenvolk der Baganga ist akut bedroht	7
Sarawak/Malaysia: Kein Platz für die Penan	7
Westpapua: Mehr als 600.000 indonesische Siedler bedrohen die Papua-Völker	8
Andamanen: Tourismus bedroht das kleine Volk der Jarawa	8
Wer sind „indigene Völker“?	9
Wer ist die GfbV?	9
Foto-Index	10

Raubbau an der Natur gefährdet Überleben indigener Völker weltweit

Sauberes Wasser und ausreichend Land für den Nahrungsanbau sind für die meisten von uns selbstverständlich. Doch vielen der etwa 350 Millionen Angehörigen indigener Völker weltweit werden diese elementaren Grundrechte vorenthalten. Das Recht auf gesundes Trinkwasser haben die Vereinten Nationen zum Beispiel erst am 28. Juli 2010 als Menschenrecht anerkannt. Dabei hatte der „Wasserkrieg“ in Bolivien schon vor zehn Jahren zu blutigen Auseinandersetzungen geführt. 2002 wurde der US-Konzern Bechtel aus dem Land vertrieben, nachdem er die Wasserpreise in Cochabamba um 50 Prozent erhöht hatte. Sauberes Trinkwasser war für die arme Bevölkerung unbezahlbar geworden. Es folgten 2003 der Sturz des damaligen Präsidenten Gonzalo Sánchez de Lozada und 2006 schließlich mit Evo Morales der erste Vertreter eines indigenen Volkes als Präsident seines Landes.

Panama: Welt der Kuna versinkt im Meer

Für die rund 32.000 **Kuna**, die auf den San-Blas-Inseln vor der Nordostküste Panamas leben, wird das Wasser dagegen zur Bedrohung. Etwa 50 ihrer mehr als 360 Inseln sind bewohnt. Die übrigen dienen vor allem dem Anbau von Kokosnüssen - neben dem Tourismus eine wichtige Einnahmequelle der Kuna-Indianer. Viele Inseln ragen gerade wenig mehr als einen Meter aus dem Wasser. Durch den Klimawandel steigt der Meeresspiegel kontinuierlich an. „Die wiederkehrenden Überschwemmungen sind ungewöhnlich, es wird nicht mehr lange dauern, bis einige Inseln komplett im Meer versinken“, erklärt Ariel González, Generalsekretär des Kongresses von Kuna Yala.

Deshalb entwickeln die Kuna derzeit Pläne, auf das Festland umzusiedeln. Zu ihrem Autonomiegebiet, der Comarca Kuna Yala, gehört auch ein etwa 230 Kilometer langer und ca. 20 Kilometer breiter Küstenstreifen zwischen Puerto Obaldía im Osten an der kolumbianischen Grenze und El Porvenir im Westen. Zunächst aber müssen alle Bewohner über die Gefahren und die Notwendigkeit der Umsiedlung informiert werden. Dann werden geeignete Grundstücke ausgewählt und die Finanzierung abgesichert werden.

Guatemala: Goldbergbau gefährdet Trinkwasserversorgung und Gesundheit der Maya-Mam

Eigentlich könnten die mehr als 500.000 **Maya-Mam** im guatemaltekischen Bundesstaat San Marcos aufatmen. Denn im Mai 2010 hat die Interamerikanische Menschenrechtskommission der Organisation Amerikanischer Staaten einer Klage von 18 Maya-Mam-Gemeinden stattgegeben, die 2007 Beschwerde gegen den Goldtagebau auf ihrem Land eingereicht hatten. Die Kommission fordert einen Stopp des Goldabbaus, eine Säuberung der verschmutzten Wasserquellen und die Behandlungen der auftretenden Gesundheitsprobleme sowie Maßnahmen zum Schutz der Bergbauegegnerinnen und -gegner vor Angriffen und Einschüchterungsaktionen. Die Mine gefährdet die Trinkwasserversorgung der Maya-Mam durch den Einsatz von Zyanid und den übermäßigen Wasserverbrauch (45.000 Liter pro Stunde laut Angaben des Unternehmens selbst). In den Blut- und Urinproben von Bewohnern aus der unmittelbaren Umgebung der Mine wurden bereits toxische Metalle festgestellt.



Seit 2005 fördert die zum kanadischen Unternehmen Goldcorp gehörende Firma Montana Exploradora in der Marlin-Mine Gold. Dabei waren bei einer Befragung 97 Prozent der Maya gegen den Goldabbau. Guatemala hat die Konvention Nr. 169 der UN-Arbeitsorganisation ILO ratifiziert. Deshalb ist die Regierung verpflichtet, die Zustimmung der Maya einzuholen, bevor sie eine Abbaugenehmigung erteilt. Dies bestätigten 2010 auch der UN-Sonderberichterstatter für indigene Völker, James Anaya, sowie Mitarbeiter der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO).

Brasilien: „Das ganze Volk der Yanomami ist gegen den Bergbau“

Uran ist heute begehrter denn je. Angesichts der Renaissance der Atomkraft weckt es die Begehrlichkeiten der Bergbauindustrie. Die je nach Schätzung zwischen 9.000 und



12.000 **Yanomami** im Amazonasgebiet Brasiliens sehen dies mit großer Sorge, denn unter ihrem Boden lagern Uran und Gold, Diamanten und Zinn. „Bisher hat noch niemand mit uns über das Uran gesprochen. Und das Wort Radioaktivität habe ich noch nie gehört“, sagt der Schamane Davi Kopenawa Yanomami, der für den Schutz seines Volkes vor der Bergbauindustrie kämpft, dem Umweltjournalisten Norbert Suchanek. „Die Erze und Mineralien, die unter der Erde sind, sind Verbündete der Erde und des Wassers. Die Erde beschützt sie. Wenn der Bergbau in den Boden dringt, Löcher bohrt, wird die Erde krank und schwach, die Zerstörung wird beginnen und viele Menschen werden sterben.“

Auch illegale Goldsucher, die bereits Ende der 1980er Jahre das Territorium der Yanomami im brasilianischen Amazonasstaat Roraima heimgesucht hatten, kehren seit einiger Zeit zurück. Damals wurden Böden und Gewässer mit Quecksilber vergiftet, etwa 1.500 Yanomami wurden ermordet oder starben an eingeschleppten Krankheiten.

Diese Gefahren drohen auch heute, doch die Regierung stellt sich taub angesichts der Klagen der Indianer. Stattdessen ist ein neues Bergbaugesetz in Vorbereitung, das den Zugriff auf Bodenschätze erleichtern soll.

Brasilien: Land unter am Rio Xingu – Das Belo-Monte-Staudammprojekt

Am 9. August 2010 werden sie lautstark und entschlossen gegen den Belo-Monte-Staudamm protestieren: indianische Abordnungen jener Völker, die durch das Megaprojekt nahe der Stadt Altamira im brasilianischen Bundesstaat Pará ihre Jagd- und Fischgründe verlieren werden. „Wir sind wütend geworden, als wir Lulas Äußerung hörten, dass er Belo Monte auf jeden Fall bauen werde, auch wenn dazu Gewalt nötig sei“, so der **Kayapo**-Führer Megaron Txukarramae. „Wir wollen, dass die Pläne für die Errichtung des Belo-Monte-Staudammes zu den Akten gelegt werden.“ Angesichts der Wahlen, die Brasilien am 3. Oktober 2010 ins Haus stehen, gewinnt dieser Konflikt an Zündstoff. Denn Präsident Lula darf nach Ende seiner zweiten Amtszeit nicht mehr kandidieren. Er muss das Projekt jetzt soweit wie möglich vorantreiben.

Das Becken des Xingu-Flusses ist Heimat von etwa 25.000 Indianern verschiedener Völker. Ein so gravierender Eingriff in den Wasserhaushalt des Flusses und seine natürliche Abfolge von Hoch- und Niedrigwasser wird Fischgründe und Laichgebiete von Schildkröten zerstören - wichtige Nahrungsquellen der ansässigen Indigenen. Neu entstehende Tümpel bergen die Gefahr der Ausbreitung von Malaria und Gelbfieber. Auch die Nebenflüsse des Xingu und die Menschen, die an ihren Ufern leben, werden davon nicht unberührt bleiben. Belo Monte soll nach seiner für 2015 geplanten Inbetriebnahme vor allem die Aluminiumindustrie in den Bundesstaaten Pará und Maranhão sowie nach langen Transportwegen auch Betriebe in Sao Paulo und im Südosten des Landes mit Energie versorgen.

Zentralafrika: Das kleine Pygmäenvolk der Baganga ist akut bedroht

Ein Leben ohne Wald können sich die **Baganga-Pygmäen** in Zentralafrika nicht vorstellen. Denn für die rund 800 im Südwesten Gabuns lebenden Ureinwohner steht das Jagen von Großwild noch immer im Mittelpunkt ihres Lebens. Die meisten der übrigen 10.000 in Gabun lebenden Pygmäen jagen nur noch gelegentlich. Da der Regenwald immer weiter gerodet wird, haben sie sich kleine Felder angelegt, auf denen sie die nötigsten Nahrungsmittel anbauen. Doch davon wollen die Baganga nichts wissen. Unbeirrt jagen sie wie seit Jahrhunderten Elefanten und Krokodile, um das Nötigste zum Leben zu bekommen.

Als Jäger werden sie aber nicht nur wegen der boomenden Holzindustrie und der Rodung des Regenwaldes nicht mehr lange überleben können. Denn in den Städten Zentralafrikas wird „Buschfleisch“ immer beliebter. Nach der Überfischung der Küstenmeere durch Fischfangflotten aus Europa und Asien ist es für viele Afrikaner die einzige proteinreiche Nahrung. So dringen trotz offizieller Verbote Wilderer auf den Straßen der Holzfäller in die Wälder ein und schießen wahllos auf Gorillas, Elefanten und Krokodile. Für die Baganga, die nur für ihre Selbstversorgung Wild töten, wird die Lage immer kritischer. Denn wenn der Wald stirbt, wird auch ihre traditionelle Jäger-Kultur untergehen.

Sarawak/Malaysia: Kein Platz für die Penan

Was den Baganga noch bevorsteht, ist für die **Penan-Nomaden** in der malaysischen Provinz Sarawak auf der Insel Borneo schon bittere Realität.



Große Teile des Regenwaldes sind dort in den letzten 30 Jahren verschwunden. Mit Unterstützung korrupter Politiker haben malaysische Holzkonzerne den einst blühenden Regenwald in eine öde Steppenlandschaft verwandelt. Immer wieder werden Penan-Frauen von Holzfällern vergewaltigt. Die indigenen Völker Sarawaks haben diese willkürliche Zerstörung

nicht tatenlos hingenommen, sondern friedlich Widerstand geleistet. Mit Straßenblockaden und Gerichtsprozessen haben sie die Konzerne in ihre Schranken weisen wollen.

Dutzende Ureinwohner wurden verhaftet und zu Gefängnisstrafen verurteilt. Erst im Juli 2010 hinderten die Penan mit einer Straßensperre ein Holzunternehmen daran, eine Plantage mit schnell wachsenden Bäumen für die Papierproduktion zu errichten.

Doch für ihren friedlichen Widerstand zahlen sie einen hohen Preis. Die früheren Nomaden müssen sich an ein Leben ohne Wald als sesshafte Kleinbauern gewöhnen. Ein Kulturschock, der die Gemeinschaft der rund 12.000 Penan bis ins tiefste Mark erschüttert. Doch damit nicht genug! Mit immer neuen Projekten für Mega-Staudämme möchte die Provinzregierung Sarawak in ein gigantisches Industriegebiet verwandeln. Für die Penan, die niemals nach ihrer Vision von der Zukunft gefragt wurden, lässt dieser Raubbau keinen Platz.

Westpapua: Mehr als 600.000 indonesische Siedler bedrohen die Papua-Völker

Der Hunger nach Rohstoffen und Land macht auch den **Papua**-Völkern im Westen der Insel Neuguinea zu schaffen. Das von Indonesien kontrollierte Westpapua gilt nicht nur als eine der großen „grünen Lungen“ Südostasiens, sondern der ganzen Welt. Doch reiche Kupfer-, Gold-, Erdöl- und Erdgasvorkommen locken viele Rohstoffkonzerne an, die ohne Rücksicht auf die indigenen Völker die natürlichen Ressourcen plündern und die traditionelle Lebensgrundlage der zwei Millionen Papua zerstören.

Auch gigantische Entwicklungsvorhaben bedrohen das Überleben der Papua. So soll nach den Plänen der indonesischen Behörden im Südosten Westpapas auf einer Fläche von der Größe Thüringens (16.000 Quadratkilometer) ein riesiges Landwirtschaftsprojekt entstehen.

Papua-Organisationen protestieren dagegen, dass in- und ausländische Konzerne gigantische Plantagen mit Ölpalmen, Reis, Mais, Soja und Zuckerrohr anbauen wollen. Sie wenden sich nicht nur gegen die Zerstörung ihres Landes, sondern auch gegen die geplante Ansiedlung von mehr als

600.000 Indonesiern in Westpapua, die in dort arbeiten sollen. Die Ureinwohner fürchten, zur Minderheit in ihrer Heimat zu werden und tatenlos dem Ausverkauf ihrer Ressourcen zuschauen zu müssen.



Andamanen: Tourismus bedroht das kleine Volk der Jarawa

Wie schwierig der Schutz indigener Völker vor ihrer Vernichtung ist, macht das Beispiel der nur noch rund 300 **Jarawa** auf den Andamanen-Inseln im Indischen Ozean deutlich. Die Jarawa ernähren sich durch die Jagd und den Fischfang. Die gelten als Ureinwohner, die noch sehr traditionell und besonders zurückgezogen im Regenwald leben. Zwar stellten die indischen Behörden ihr traditionelles Siedlungsgebiet unter umfassenden Schutz und untersagten jede Kontaktaufnahme mit den Ureinwohnern. Doch Wilderer dringen immer wieder in das Reservat ein, das als ursprünglichstes Waldgebiet der Andamanen gilt.

Seit Jahren kämpfen Umweltschützer und Menschenrechtler für die Sperrung einer viel befahrenen Transitstraße, die durch das Reservat führt. Denn Touristen und

Journalisten nutzen diese Straße, um Kontakt mit den Jarawa aufzunehmen und ihnen Almosen zu geben, obwohl dies offiziell verboten ist. Das Oberste Gericht Indiens ordnete daher im

Jahr 2002 die Sperrung der umstrittenen Straße an, doch lokalen Behörden setzten sich darüber hinweg. Nun fordert auch die Welt-Kulturorganisation UNESCO die Schließung der Straße, um das Überleben des indigenen Volkes nicht zu gefährden. Die UNESCO ist besorgt über die Sicherheit der Jarawa, denn im Januar 2010 war auf den Andamanen der letzte Ureinwohner gestorben, der die 65.000 Jahre bestehende Bo-Sprache beherrschte. Für das Überleben der Jarawa wird es daher entscheidend sein, wie wirksam sie von der Außenwelt geschützt werden können.

Wer sind „indigene Völker“?

Der **Begriff „indigene Völker“** entstand in den 1980er Jahren bei den Vereinten Nationen. Er bedeutet „in ein Land geboren“ und bezeichnet die Nachfahren der ersten Siedler eines Gebietes, die meist am Rande der jeweiligen Nationalgesellschaft leben und sich kulturell und sozial von dieser unterscheiden. Man geht von 5.000 Völkern in 76 Staaten aus, die für ihre traditionelle Lebensweise als Jäger, Fischer und Sammler auf eigenes Land und eine intakte Umwelt angewiesen sind. Doch gesicherte Landrechte werden ihnen häufig verweigert.

1994 begann auf Beschluss der UN-Weltmensenrechtskonferenz von Wien (1993) die erste **UN-Dekade der indigenen Völker** der Welt, der 2005 eine zweite folgte. Der **9. August** wurde zum **Internationalen Tag der indigenen Völker** bestimmt. Bereits 1989 wurde die **ILO- Konvention 169** der Internationalen Arbeitsorganisation der UN verabschiedet, die als bisher einziges bindendes Rechtsmittel für die indigenen Völker u.a. das Recht auf Selbstbestimmung verankert. Sie wurde bisher von 22 Staaten ratifiziert, darunter auch Spanien, Norwegen, Dänemark und die Niederlande. 2002 wurde das „**Permanent Forum on Indigenous Issues**“ (PFII) als einziges ständiges Gremium für indigene Belange bei den Vereinten Nationen geschaffen. Es ist mit je acht Vertretern der Ureinwohner und der Staaten besetzt und hat beratende Funktion für den Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) der UN. Nach jahrzehntelangen Debatten wurde 2007 von der UN-Vollversammlung schließlich auch die **Deklaration für die Rechte indigener Völker** verabschiedet. Diese besitzt als Absichtserklärung vor allem ein hohes moralisches Gewicht und muss in die Gesetzgebung der Unterzeichnerstaaten eingehen, um wirksam zu werden.

Wer ist die GfbV?

Als internationale Menschenrechtsorganisation setzt sich die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) seit über 40 Jahren für verfolgte und bedrohte ethnische und religiöse Gemeinschaften ein. Sie unterstützt indigene Völker und bedrohte Nationalitäten in Nord, Süd- und Mittelamerika, Asien, Afrika, im Nahen Osten und in Europa bei der Verteidigung ihrer Rechte und ihrer Lebensweise.



Seit 1993 hat die Gesellschaft für bedrohte Völker - International Beraterstatus beim Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) der Vereinten Nationen. 2005 erhielt sie zudem mitwirkenden Status beim Europarat.

Foto-Index

Seite 5	Junges Maya-Mädchen © Hans Riebensahm/GfbV-Archiv
Seite 6	Yanomami-Angehörige © Christina Haverkamp/GfbV-Archiv
Seite 7	Penan-Nomaden © GfbV-Archiv
Seite 8	Papua-Volk der Anggruk © GfbV-Archiv

Pressehinweis:

Die hier aufgelisteten Fotos können bei der GfbV auch direkt per Email an publikationen@gfbv.de angefordert werden.